

Delegation des Nippon Keidanren besucht Deutschland



Im Rahmen der Europa-Mission des Nippon Keidanren (Japan Business Federation) besuchte eine Delegation des Unternehmensverbandes unter der Führung seines Vorsitzenden Fujio Mitarai auch Deutschland und stattete Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel am 2. Oktober einen Höflichkeitsbesuch ab. Darüber hinaus traf die Delegation auch mit Bundeswirtschaftsminister Glos und Vertretern des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zusammen.

Der Nippon Keidanren ist ein Zusammenschluss von 1.340 namhaften Unternehmen Japans, dem zudem 129 Branchenverbände, etwa aus dem produzierenden Gewerbe oder dem Dienstleistungssektor, sowie 47 regionale Wirtschaftsvereinigungen angehören (Stand Oktober 2006). Der Verband fasst die Diskussionen in den einzelnen Bereichen der japanischen Wirtschaft zusammen und setzt sich u.a. mittels des Dialogs mit Regierungen und Wirtschaftsverbänden für die Lösung internationaler Fragen sowie für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland ein.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Europa gestalten sich auf der Grundlage einer einvernehmlichen Zusammenarbeit außerordentlich gut. Zudem ist Deutschland der wichtigste Handelspartner in Europa. Beide Länder wirken traditionell als gute Wirtschaftspartner zusammen, und zwischen ihnen bestehen so gut wie keine Probleme. Allerdings ist der Nippon Keidanren der Auffassung, dass eine Abnahme des Interesses am jeweils anderen Partner unbedingt vermieden werden muss sowie dass es wichtig ist, das Engagement für einen Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen weiter fortzusetzen. Mit dem jetzigen Besuch hat der Nippon Keidanren an die deutsche Seite appelliert, sich nicht auf den derzeit ausgezeichneten Beziehungen auszuruhen. Vielmehr sei es wichtig, dass beide Seiten bei der Lösung von Fragen wie den Schutz des geistigen Eigentums und die globalen Umweltprobleme zusammenwirken und sich für die weitere Intensivierung der Beziehungen einsetzen.

Fotos: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung